Stadt Stolberg (Rhld.)

Niederschrift

über die Sitzung des Beschwerdeausschusses Tag der Sitzung: Dienstag, 02.12.2008

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr Unterbrechungen: 18:35 Uhr bis 18:44 Uhr

Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Helmut Grosche Schriftführerin: Edith Janus-Braun

<u>Tagesordnung:</u>

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Grosche, stellt fest, dass der Beschwerdeausschuss beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Herr Grosche stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

Vor Beschlussfassung über die Tagesordnung bestellt der BA einstimmig Frau Edith Janus-Braun bis zum Ende der Legislaturperiode zur Schriftführerin des Ausschusses.

Im Anschluss daran wurde der sachkundige Bürger, Herr Mario Wissel (B'90/Grüne), in feierlicher Form mit folgender Formel verpflichtet:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Stolberg erfüllen werde."

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Verwaltungsdirektor Meeßen bittet die Mitglieder des Beschwerdeausschusses, die Tagesordnung im öffentlichen Sitzungsteil um nachfolgenden Punkt zu erweitern:

NE<u>U</u>

A) 6. Seniorenwohn- und Sozialzentrum;

hier: Stellungnahme zum Antrag der Bewohnerinnen und Bewohner vom 19.11.2008

Der bisherige TOP A) 6 wird nunmehr

A) 7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Anlage eines Radweges an der L 238 - Zweifaller Straße - zwischen Binsfeldhammer und Nachtigällchen;

hier: Bürgerantrag des Herrn Willi Baumeister

- 2. Antrag des Herrn Jakob Gülpen u.a. zur Einrichtung verkehrssichernder Maßnahmen im Bereich der Ortsdurchfahrt Breinig Richtung Kornelimünster
- 3. Bürgerantrag der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus vom 27.10.2008;

nier: Gebührensenkung Nutzung Friedhofshallen

4. Absenkung von Bürgersteigen;

hier: Bürgerantrag des Herrn Enser Alici u.a. vom 28.08.2008

5. Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen Breiniger Berg;

hier: Bürgerantrag der Frau Sonja Offermann vom 10.10.2008

6. Seniorenwohn- und Sozialzentrum:

hier: Stellungnahme zum Antrag der Bewohnerinnen und Bewohner vom 19.11.2008

7. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

B. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

A) Öffentliche Sitzung:

<u>1. Anlage eines Radweges an der L 238 - Zweifaller Straße - zwischen Binsfeldhammer und Nachtigällchen;</u>

hier: Bürgerantrag des Herrn Willi Baumeister

Der Beschwerdeausschuss räumt dem Antragsteller, Herrn Baumsteiger, einstimmig

Rederecht ein. In seinen Ausführungen erläutert der Beschwerdeführer detailliert die Gefahrensituation für Fußgänger/Radfahrer an "Nachtigällchen". Er bittet die Politik, hier schnellstmöglich Abhilfe durch Anlegen eines kombinierten Geh-/Radweges zu schaffen. Als "kleine Lösung" regt er eine mögliche Kooperation mit der Firma Kerpen zur gemeinsamen Nutzung des werkseigenen Weges durch Mitarbeiter der Firma sowie Fußgänger/Radfahrer an. Abschließend schlägt er vor, dem Bau eines kombinierten Rad-/Gehweges in Richtung Nachtigällchen, Kurt-Schumacher-Straße, Am Wasserwerk und Breiniger Berg oberste Priorität einzuräumen.

Für die SPD-Fraktion sieht Ratsfrau Nießen die objektive Gefährdung im Kreuzungsbereich. In ihren Ausführungen verhehlt sie nicht, dass derzeit keine einfache Lösung realisierbar sei. Sie unterstütze daher die unkonventionelle Idee des Antragstellers, ein Gespräch mit der Firma Kerpen zu suchen. Der in Rede stehende Weg habe zwar Stufen, sei aber sicherer als die Nutzung der Straße. Vor diesem Hintergrund bitte sie die Verwaltung, diesbezüglich tätig zu werden.

Sie stellt weiter fest, dass die Anregung zur Änderung die Prioritätenliste in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt falle. Die Anregung könne nur empfehlend an den zuständigen Fachausschuss weitergeleitet werden.

RM Kratz unterstützt die Ausführungen seiner Vorrednerin für die CDU-Fraktion. Er beantragt, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ergänzen:

"Die Verwaltung wird gebeten, beim Landesbetrieb Straßenbau NRW kurzfristig den Bau des Radweges in Richtung Nachtigällchen, Kurt-Schumacher-Straße, Am Wasserwerk und Breiniger Berg anzuregen."

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss nimmt den Bürgerantrag des Herrn Willi Baumsteiger zur Anlage eines Radweges an der L 238 - Zweifaller Straße- zwischen Binsfeldhammer und Nachtigällchen sowie die Stellungnahme der Verwaltung im Sachverhalt einstimmig zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen und den Landesbetrieb Straßenbau NRW auf die Dringlichkeit des Baus eines kombinierten Rad-Gehweges auf diesem Straßenabschnitt hinzuweisen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung einstimmig beauftragt:

- a) in einem Gespräch mit der Firma Kerpen zu prüfen, ob die Mit-Nutzung des werkseigenen Weges möglich ist. Über das Ergebnis ist der ASVU zu informieren.
- b) die Anregung des Beschwerdeführers, nach Änderung der Prioritätenliste des Landesbetriebs Straßenbau an den zuständigen ASVU weiterzuleiten.
- 2. Antrag des Herrn Jakob Gülpen u.a. zur Einrichtung verkehrssichernder Maßnahmen im Bereich der Ortsdurchfahrt Breinig Richtung Kornelimünster

Der Beschwerdeausschuss räumt den Antragstellern, Herrn Gülpen und Frau Zange, Rederecht ein. Beide erläutern die Gefahrensituation für Fußgänger, speziell kreuzende Schulkinder, im Kreuzungsbereich "Auf der Heide" durch Raser bzw. Ignorierung der dortigen Lichtzeichenanlage.

Für die SPD-Fraktion weist Herr Offermann auf die in 2009 anstehende Erarbeitung

eines Gesamtverkehrskonzeptes hin. Hierin werde auch die Überplanung der Ortsdurchfahrt Breinig einfließen.

Für die CDU-Fraktion beantragt RM Kratz folgende Beschlussfassung:

- 1) Das Fachamt wird gebeten auf den Kreis Aachen und die Poizei einzuwirken, vermehrt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen und die Beachtung der Lichtzeichenanlage zu überprüfen.
- 2) Im Rahmen der Neugestaltung der Ortseinfahrten empfiehlt der Beschwerdeausschuss dem ASVU, den Kreuzungsbereich "Auf der Heide" ebenfalls zu überplanen. Außerdem sieht der Ausschuss die Notwendigkeit, dass der ASVU den Landesbetrieb Straßenbau auffordert, den Kreuzungsbereich in die dortige Prioritätenliste aufzunehmen.

Seine Ratskollegin Frau Nießen, SPD, bestätigt die von den Antragstellern geschilderte Problematik im Kreuzungsbereich. Sie beantragt für die SPD-Fraktion, das städt. Messgerät im Kreuzungsbereich über die Dauer einer Woche zu repräsentativen Zeiten einzusetzen. Da u.a. auch Art und Tempo der Fahrzeuge erfasst würde, seien Messungen dieses Gerätes sehr aussagekräftig.

Für die CDU-Fraktion unterstützt RM Kratz den Antrag seiner Vorrednerin.

Sodann lässt der Vorsitzende, Herr Grosche, über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss beschließt einstimmig:

- 1) Das Fachamt wird gebeten auf den Kreis Aachen und die Poizei einzuwirken, vermehrt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen und die Beachtung der Lichtzeichenanlage zu überprüfen.
- 2) Im Rahmen der Neugestaltung der Ortseinfahrten empfiehlt der Beschwerdeausschuss dem ASVU, die Überplanung des Kreuzungsbereichs "Auf der Heide". Außerdem sieht der Ausschuss die Notwendigkeit, dass der ASVU den Landesbetrieb Straßenbau auffordert, den Kreuzungsbereich in die dortige Prioritätenliste aufzunehmen.
- 3) Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, über die Dauer einer Woche das mobile städtische Geschwindigkeitsmessgerät zu repräsentativen Zeiten im Kreuzungsbereich einzusetzen.
- 3. <u>Bürgerantrag der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus vom 27.10.2008;</u> <u>hier:</u> <u>Gebührensenkung Nutzung Friedhofshallen</u>

Herr Braun, FB 2, teilt mit, dass Gebührenkalkulation "Friedhöfe" entgegen den Angaben in der Verwaltungsvorlage am 09.12.2008 auf der Tagesordnung des Hauptausschusses stünde.

Für die FDP-Fraktion begrüßt RM Engelhardt den Antrag, der die finanzielle Fehlentwicklung bei den Trauerhallen im Sinne der Bevölkerung korrigiere. Aus Sicht seiner Fraktion müsse die Stadt zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Friedhofskultur die Nutzung der Trauerhallen finanziell vertretbar anbieten. Es dürfe nicht weiter zugelassen werden, dass Bürger wegen der hohen Gebühren auf die Anmietung der Trauerhalle verzichten müssen. Er dankt den Antragstellern für deren Eingabe und begrüßt, dass die Verwaltung dem Anliegen so zügig durch eine Vorlage für Hauptausschuss und Rat Rechnung getragen habe. Neben der Absenkung der

normalen Gebühr von 350,-- € auf 175,-- € äußert er für seine Fraktion den Wunsch, auch die reduzierte Gebühr von 128,-- € auf 64,-- € zu senken.

RM Kratz stellt fest, dass die Thematik Gegenstand der Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.08 ist. Er fragt, was der Beschwerdeausschuss beschließen solle.

Der Hauptamtsleiter, Herr Meeßen, stellt klar, dass sich der Beschwerdeausschuss grundsätzlich mit jedem Antrag befassen müsse.

Für die SPD-Fraktion begrüßt RM Offermann, dass die Verwaltungsvorlage mit ihrem Beschlussvorschlag für Hauptausschuss/Rat den Antragstellern entgegenkomme. Er regt für die SPD-Fraktion an, dass Hauptausschuss und Rat auch eine Senkung der reduzierten Gebühren vornehmen mögen.

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss empfiehlt der Verwaltung einstimmig, im Rahmen der anstehenden Kalkulation der Friedhofsgebühren für das Jahr 2009 zu prüfen, inwieweit eine Reduzierung der Kosten für die Nutzung der Friedhofshallen möglich ist.

Im Anschluss an die Beschlussfassung erkundigt sich RM Zimmermann, CDU, zur Niederschrift, ob bei Nichtanmietung der Trauerhalle auch die Toilettenanlagen verschlossen blieben.

Die Frage konnte in der Sitzung nicht beantwortet werden. Die Antwort wurde zur Niederschrift zugesagt.

Nachträgliche Beantwortung durch das Techn. Betriebsamt, Abteilung Friedhöfe: Die Toilettenanlagen sollten auch bei Nichtanmietung der Trauerhalle zugänglich sein. Das Technische Betriebsamt wird die verantwortlichen Mitarbeiter diesbezüglich noch einmal informieren.

4. Absenkung von Bürgersteigen;

hier: Bürgerantrag des Herrn Enser Alici u.a. vom 28.08.2008

Auf Antrag wurde Herrn Löhr Rederecht eingeräumt. Herr Löhr zeigte sich erfreut, dass verwaltungsseitig Handlungsbedarf erkannt wurde. Er teile allersdings nicht die Verwaltungsmeinung, wonach die Absendkung von 2 Bürgersteigen im Bereich des Seniorenheimes Amselweg ausreichend sei. Vielmehr bat er die Liste um die Bordsteinabsenkung am Lebensmittelmarkt Ecke Elsterweg / Prämienstraße zu erweitern. Abschließend regte er an, die demographische Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren und zukünftig sehr großzügig von Bordsteinabsenkungen Gebrauch zu machen.

Für die CDU-Fraktion regt RM Kratz an, dass sich die Verwaltung mit dem verunfallten Seniorenheimbewohner Peters in Verbindung setzen möge, um dessen Anregungen in Bezug auf den Amselweg aufzunehmen.

Der Fachbereichsleiter 2, Herr Braun, führt aus, dass die Verwaltung am liebsten alle Bordsteine an Übergängen absenken würde. Die finanzielle Lage der Stadt ließe dies jedoch nicht zu. Wenn Baumaßnahmen anstünden, würden die gesetzlichen

Forderungen des Barriereschutzes selbstverständlich beachtet. Er weist allerdings auch darauf hin, dass es unterschiedliche Anforderungsprofile im Hinblick auf die Beschaffenheit der Absenkungen gebe (blinden/sehbehinderten Menschen und Rollstuhlfahrer).

Ratsfrau Nießen, SPD, begrüßt den Vorschlag der Antragsteller und erinnert daran, dass dies auch schon eine Forderung im Behindertenbeirat war.

Sie regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu erweitern, dass die Verwaltung beauftragt wird, mit allen Senioreneinrichtungen im Stadtgebiet in Kontakt zu treten und den Bedarf an Bordsteinabsenkungen zu ermitteln. Außerdem bittet sie, den Vorschlag ihres Ratskollegen Herrn Kratz aufzunehmen.

Sodann lässt der Vorsitzende, Herr Grosche, über den erweiterten Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss verweist den Antrag einstimmig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Bordsteinabsenkungen bei allen im Stadtgebiet ansässigen Senioreneinrichtungen zu erfragen und aufzulisten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, mit dem im Bereich des Seniorenheims Amselweg verunfallten Heimbewohner Peters in Kontakt zu treten und dessen Anregungen zu Bordsteinabsenkungen aufzunehmen.

<u>Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen Breiniger Berg;</u>hier: Bürgerantrag der Frau Sonja Offermann vom 10.10.2008

Auf Antrag wird Herrn Decker einmütig Rederecht eingeräumt. Der Antragsteller schildert dem Ausschuss die Beweggründe seines Anliegens.

Für die SPD-Fraktion gibt Ratsfrau Liepertz zu Protokoll:

"Einige Vertreter der SPD-Fraktion haben sich die Situation vor Ort angesehen. Wir können dem Anliegen der Familie Offemann-Decker nur beipflichten.

Wir von der SPD-Fraktion sind der Meinung, dass hier dringender Handlungsbedarf geboten ist. Wenige Meter von dem Wohnhaus der o.g. Familie befindet sich noch eine Bushaltestelle, welche Schulbushaltestelle ist. Auch hier ist Gefahr im Verzug.

Im Rahmen der Schulwegsicherungspflicht wird die Stadt Stolberg aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Verkehrssituation schnellstmöglich abzustellen.

- 1) Wir schlagen daher vor, unmittelbar hinter dem Ortsausgangsschild das dort befindliche "Tempo 70 Schild" durch ein "Tempo 50 Schild" auszutauschen. Die dadurch entstehende 50 Zone soll ausgeweitet werden bis hinter Waldschenke (hier ist ohnehin Tempo 50, und das nur etwa 100 m hinter dem Beginn von Tempo 70). Auf der dazwischen liegenden Strecke müsste hinter der Abbiegung zu Schwermetall noch einmal 70 gegen 50 ausgetauscht werden.
- 2) Außerdem sollte bis hinter Waldschenke dann auch entsprechend das Überholverbot ausgeweitet werden.
- 3) Gleichzeitig schlagen wir vor, dass bis zur Abbiegung nach Schwermetall der Mittelstreifen als durchgezogene Linie aufgemalt wird.
- 4) Des Weiteren schlagen wir vor, dass auf der Straße Piktogramme "50" aufgemalt werden.

5) Regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen in diesem neuen Tempo 50-Bereich runden unsere Vorschläge noch entsprechend ab.

Der von der Familie geschilderte Sachverhalt verdeutlicht noch einmal sehr deutlich, dass an dieser Straße dringender Handlungsbedarf geboten ist. Nicht umsonst hat hier die SPD-Fraktion für diese Straße bereits im Jahre 2006 u.a. Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen bzw. die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die westlichen Stadtteile Stolbergs eingefordert."

Für die CDU-Fraktion bestätigt RM Grendel die Ausführungen seiner Vorrednerin. Er äußert Bedenken, dass der Antrag am Fachausschuss "vorbeigehen" könnte. Auch er sieht im angesprochenen Bereich akuten Handlungsbedarf gegeben.

RM Kratz, CDU, regt die rechtzeitige Trägerbeteiligung an. Er bittet die Verwaltung, unverzüglich die Maßnahmen zu ergreifen, die nicht der vorherigen Beschlussfassung des Fachausschusses bedürfen. Darüber hinaus fordert er eine Vorlage für den zuständigen ASVU.

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss beschließt einstimmig, den Antrag an den Fachausschuss zu verweisen. Darüber hinaus wird die Verwaltung einstimmig beauftragt, die

- oben unter 1) bis 5) aufgeführten Punkte auf Realisierbarkeit hin zu überprüfen und
- sofern ohne Fachausschussbeschluss machbar, bereits jetzt umzusetzen sowie
- die Träger öffentliche Belange rechtzeitig zu beteiligen.
- 6. Seniorenwohn- und Sozialzentrum;

hier: Stellungnahme zum Antrag der Bewohnerinnen und Bewohner vom 19.11.2008

Der Vorsitzende, Herr Grosche, begrüßt den Geschäftsführer des Senioren- und Sozialzentrums Amselweg, Herrn van Donzel, und erteilt diesem das Wort.

Herr van Donzel führt aus, dass er den Antrag der BewohnerInnen vom 01.09.2008 bei seinem Dienstantritt erhalten habe. Alle aufgeführten Beanstandungen seien berechtigt. Er habe die von den Bewohnern vorgebrachten Punkte übernommen und werde im Januar 2009 eine Bewohnerversammlung durchführen. Die Abarbeitung der Beanstandungen könne nur sukzessive mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln erfolgen.

RM Zimmermann, CDU, möchte von Herrn van Donzeln wissen, bei welchen Punkten er akuten Handlungsbedarf "aufgrund einer Gefahr für Leib und Leben" sehe. Hierzu teilt Herr van Donzel mit, dass die von den Anwohnern vorgebrachten Punkte allesamt berechtigt seien. Er sehe allerdings bei keinem Punkt eine erkennbare Gefahr für Leib und Leben der Bewohner.

Bezogen auf die defekten Aufzugsanlagen bestand im Ausschuss parteiübergreifend Einigkeit, diesen Missstand durch die Geschäftsführung schnellstmöglich abstellen zu lassen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bereits einige Bewohner in den Aufzügen stecken geblieben und daher hinsichtlich der Benutzung erheblich verunsichert seien.

Auf Antrag von RM Kratz, CDU, erläutert der Hausbewohner, Herr Peters, dass das Seniorenzentrum derzeit aus seiner Sicht verkomme. Er geht in seinen Ausführungen auf einige Punkte des Bewohnerantrages ein.

Im Ausschuss wird von den anwesenden Bewohnern unisono der nochmalige Einsatz eines Kammerjägers gefordert, da erneut Ungezieferbefall im Haus aufgetreten sei.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Ratsfrau Nießen, dass der Geschäftsführer kurzfristig eine Bewohnerversammlung einberufen werde. Mit der Berufung van Donzels sei nunmehr Ruhe in das Haus eingekehrt und es habe sich in den letzten beiden Monaten einiges bewegt. Sie unterstütze die dringende Notwendig, Mißstände näher zu beleuchten und zu prüfen, wann und wie sie abgestellt werden könnten. Für ihre Fraktion sei wichtig, dass die Bewohner der Einrichtung wüssten, woran sie sind. Das Seniorenwohn- und Sozialzentrum habe sich seit dem Bau vor 30 Jahren als feste Einrichtung in Stolberg etabliert.

Sie beantragt für die SPD-Fraktion, dass sich der zuständige Sozialausschuss ab dem Jahr 2009 in jeder Sitzung mit der Thematik Seniorenwohn- und Sozialzentrum Amselweg "als feststehenden Tagesordnungspunkt" beschäftige und für HA/Rat einen Zeit- und Maßnahmenplan erarbeite.

Zur Vermeidung von Unfällen sieht RM Kratz, CDU, die Notwendigkeit, unverzüglich alle Teppichböden zu erneuern. Hierzu müsse die Gesellschaft entsprechende Mittel bereitstellen.

Herr van Donzel erwidert, dass die momentane Haushaltslage jährlich nur die Teppichboden-Erneuerung einer Etage zulasse.

Sodann beantragt RM Kratz, dass sich zunächst Hauptausschuss und Rat aufgrund der Dringlichkeit der Gesamtproblematik ohne Vorschaltung des Sozialausschusses mit der Thematik "Seniorenzentrum" befassen mögen.

Auf Antrag von RM Kratz, CDU, wurde die Sitzung zu Beratungszwecken von 18.35 Uhr bis 18.44 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung möchte Ratsfrau Nießen von der Verwaltung wissen, ob die vorgeschlagene Behandlungsreihenfolge durch HA, Rat und Sozialausschuss rechtlich statthaft sei.

Der Hauptamtsleiter, Herr Meeßen, erläutert, dass die Angelegenheit nach der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg zunächst im zuständigen Fachausschuss behandelt werden müsse.

Sodann zieht RM Kratz seien Antrag zurück und der Vorsitzende, Herr Grosche, steigt in die Beschlussfassung ein.

Beschluss:

Der Beschwerdeausschuss verweist den Antrag der Bewohner einstimmig an den zuständigen Sozialausschuss. Außerdem schlägt er dem Sozialausschuss vor, die Thematik "Seniorenwohn- und Sozialzentrum Amselweg" ab dem Jahr 2009 als ständigen Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, den Bewohnerantrag und die o.a. Diskussionsbeiträge in eine sach- und fachlich fundiert Vorlage einzuarbeiten.

<u>7.</u>	Beantwortung von Anfragen Mitteilungen	gem.	§ 17	der	Geschäftsordnung	des	Rates;
	Keine Wortmeldung.						
<u>B.</u>	Nichtöffentliche Sitzung	<u>:</u>					
<u>1.</u>	Beantwortung von Anfragen Mitteilungen	gem.	§ 17	der	Geschäftsordnung	des	Rates;
1.1 Es wurden keine Anfragen aus aktuellem Anlass gestellt.							
1.2	1.2						
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende, Herr Grosche, die Sitzung um 18.55 Uhr.							
_	mut Grosche sitzender				ith Janus-Braun hriftführerin		
Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:							

Anlage 1) Anwesenheitsliste

Anlage 1

Arlage 1)

zur Niederschrift über die Sitzung des **Beschwerdeausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)

Sitzungskennziffer X∀/

Tag der Sitzung: **02.12.2008**

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Unterbrechung der Sitzung von 18.35 bis 18.44 Liller-

Lfd. Nr.	Name:	Vertreter:	Unterschrift:
CDU			
1	Kratz, Klaus	Zimmermann, Horst	Man F. Thit
2	Call, Rosemarie 2. stellv. Vors.	Pietz, Siegfried	Rlell
3	Wahlen, Karina Ziriki OZMDWW K.	Studer, Christian	Hors fi-
4	Wolf, Klaus-Dieter	L üttecke, Hildega rd	Martins in die their
5	Bayer, Franz-Josef s.B.	Krings, Karl-Erich s.B.	'say
6	S.B. GREVIEC B.	T hiermann , Fritz s.B.	for Jack
SPD			
7	Bougé, Karl-Josef	Kaußen, Paul Heinz	foreje
8	Grosche, Helmut Vorsitzender	Kleinlein, Hans	X. Jusille
9	Offermann, Edmund 1. stellv. Vors.	Prußeit, Mathias (fraktionslos)	E. Mui.
10	Hansen, Josef	Steg, Hildegard	Non per
11	Reitze, Jochem s.B. Ceperte Al.	Kießling, Gabi s.B.	at Kingante
12	Fischer, Peter	Nießen	100

FOP			
13	Ganser, Roland	Schreiber, Annemarie	
	s.B.	s.B.	
Grüne			
14	Wissel, Mario	Willms, Heinrich	
	s.B.	s.B.	M. C.J.SEX
UWG	Nur beratend!		
15	Conrads, Rolf	Theuer, Heinz	Dell Counado
NPD	Nur beratend!		
16	Harf, Oliver	Kunkel, Willibert	
		Motter, Rudolf	

Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	Ganson, Reland	4	
2		5	- ************************************
3	a salaman	6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	4	3	
	Gez. Ville Deservel		
2	J	4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	- Mi 15 2	7	
2	I Puller 11 FR	1 8	
3	géz Scennens 30/32		
4	Comma I 110	10	
5	7 24 745 Ilk	11	
6		12	